

Westdeutsche
Allgemeine
Zeitung vom
05.09.2018, S. 4

NRW plant Landesvertretung in Israel

Tel Aviv. NRW-Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) hat zum Auftakt seiner Israelreise die Bedeutung der Beziehung zwischen NRW und Israel betont. „Kein anderes Bundesland pflegt so kontinuierliche, so enge und freundschaftliche Beziehungen zu Israel wie Nordrhein-Westfalen“, sagte Laschet nach einer Mitteilung der Staatskanzlei am Dienstag in Tel Aviv. Er kündigte die Einrichtung einer eigenen Repräsentanz des Landes in Tel Aviv an. Das NRW-Büro solle ein Begegnungsort für Wirtschaft, Bildung, Forschung und Kultur werden.

Anlass der Reise, die bis Donnerstag dauert, ist der 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels in diesem Jahr. Geplant sind Treffen mit dem israelischen Staatspräsidenten Reuven Rivlin, Premierminister Benjamin Netanjahu und Oppositionsführerin Tzipi Livni. Am Mittwoch will Laschet zudem mit Landtagspräsident André Kuper (CDU) in der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem einen Kranz niederlegen. *epd*

Rheinische Post
vom 05.09.2018, S.
2

Braunkohlebagger gegen Rotorflügel

Schwarz-Gelb erschwert den frühen Kohleausstieg, weil es bei der Windkraft bremst.

Ein Mann springt aus einem zehnstöckigen Hochhaus. Auf Höhe des zweiten Stockwerks ruft er in ein Fenster, dass es bis jetzt doch gar nicht so schlimm sei. Mit diesem makabren Witz beschreibt Hans Joachim Schellnhuber, Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, die gegenwärtige Haltung der Menschheit gegenüber dem Klimawandel. Er wie auch andere Klimaforscher gehen davon aus, dass wir uns in Richtung vier Grad Erderwärmung bewegen. Schon längst nicht mehr nur die zwei Grad, die vor Kurzem als gerade noch vertretbar galten. Auch in der Landespolitik wird die Lage verkannt. Und das zieht sich

durch nahezu alle Fraktionen: Obwohl die Braunkohle der klimaschädlichste Energieträger überhaupt ist und die Klimabilanz des Landes verhagelt, reden ihr Ministerpräsident Armin Laschet (CDU), Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) und Oppositionsführer Thomas Kutschaty (SPD) in seltener Einigkeit das Wort. Unverzichtbar sei sie bis auf Weiteres, heißt es da unisono. Die Argumente lauten: Arbeitsplätze und Versorgungssicherheit. Außerdem haben SPD und auch die Grünen (!) unlängst als Regierungsparteien selbst entschieden, an der Braunkohle noch mindestens 25 Jahre festzuhalten.

Dabei hat die renommierte Denkfabrik Agora schon vorgerechnet, wie ein früherer Braunkohleausstieg gelingen kann. Ohne gravierenden Strukturwandel. Und ohne Stromausfälle. Dafür braucht es allerdings Windenergie.

Der NRW-Wirtschaftsminister bremst aber zugleich auch beim Bau von Windrädern – wegen der angeblich mangelnden Akzeptanz der Bürger. Braunkohlebagger gegen Rotorflügel – wer das gegeneinander ausspielt, kann beim Klimaschutz nur schwer vorankommen. Der Aufprall aus dem zehnten Stock könnte hart sein.

**KIRSTEN
BIALDIGA**

Westdeutsche
Allgemeine
Zeitung vom
05.09.2018, S. 4

Fall Sami A.: Opposition will Aufklärung

Grüne: Minister hat
vorsätzlich getäuscht

Düsseldorf. Die jüngste Aussage des Bochumer Oberbürgermeisters Thomas Eiskirch (SPD) zum Fall Sami A. schlägt im Landtag Wellen. Laut Eiskirch hatte die Bochumer Ausländerbehörde dem Verwaltungsgesicht Gelsenkirchen den Termin für die Abschiebung des Islamisten nach Tunesien auf Anweisung des NRW-Flüchtlingsministeriums verschweigen müssen.

„Die Causa Stamp wird immer schlimmer“, sagte SPD-Fraktionschef Thomas Kutschaty. „Er hat nicht nur das Vertrauensverhältnis zwischen der Regierung und den Gerichten zerstört. Er hat auch Misstrauen zwischen den Bundes- und Landesbehörden gesät. Wir werden weiter auf Aufklärung dringen. Wie lange glaubt Herr Stamp eigentlich, mit diesen Methoden im Amt bleiben zu können?“

Die Grünen-Landtagsabgeordnete Berivan Aymaz sagte: „Die Aussagen von Eiskirch bestätigen, was wir schon wussten: Minister Stamp hat das Gericht vorsätzlich getäuscht. Eiskirch hat deutlich gemacht, dass die Ausländerbehörde der Stadt Bochum explizit vom Ministerium angewiesen wurde, den Abschiebetermin zu verschweigen.“ Somit habe Stamp die Behörde zur unfreiwilligen Komplizenschaft verpflichtet, sagte Aymaz. *mk*